Hier finden Sie in der Regel am Mittwoch und am Samstag einen Überblick über interessante Videobeiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie anschauen wollen. Die Videohinweise sind auch auf unserer YouTube-Seite als spezielle Playlist verfügbar. (CG)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. BSW scheitert in Karlsruhe: Es bleiben 9.529 Bundestagswahl-Stimmen zu wenig
2. Das Ende der EU ist NAH | Clare Daly
3. Außenminister wird gefragt, ob er inzwischen sagen kann, ob der israelische/US-amerikanische Angriff gegen Iran völkerrechtswidrig war
4. Leo Ensel: über die kulturelle Umprogrammierung
5. Iran schlägt zurück: US-Militärbasen unter Beschuss
6. Der Kanzler verlässt den Saal beim Thema Pflege | Laura Dalhaus zum Stand der Pflege
7. INTERVIEW: Sie haben es auf dich abgesehen [mit Prof. Glenn Diesen]
8. ARD-Korrespondentin auf Landesparteitag: BSW in Sachsen-Anhalt offen für Zusammenarbeit mit AfD
9. Zwei Kurzvorträge im Bundestag | Prof. Homburg
10. BGH-Urteil: Pflichten einer Rechtsschutzversicherung bei möglichen Corona-Impfschäden

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht automatisch, dass wir mit den Aussagen der jeweils zitierten Beiträge anderer Medien einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Aussagen sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Sie können uns bei der Zusammenstellung der Videohinweise unterstützen, indem Sie interessante Fundstücke mit Quellenangabe an die Adresse videohinweise(at)nachdenkseiten.de schicken. Bitte senden Sie keine Videos an uns, sondern nur Links, da wir in dieser Zusammenstellung ausschließlich zitieren und keine Videos veröffentlichen. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **BSW scheitert in Karlsruhe: Es bleiben 9.529 Bundestagswahl-Stimmen zu wenig**
   Zu wenige Stimmen und Belege: Das Bundesverfassungsgericht lehnt eine Klage des BSW auf Neuauszählung der Stimmen bei der Bundestagswahl ab. Nun erwägt die Union eine Reform der Wahlprüfung.

4,981 Prozent der Stimmen für das BSW, so lautete das offizielle amtliche Endergebnis bei der Bundestagswahl 2025. Nötig wären jedoch fünf Prozent gewesen, damit das Bündnis in den Bundestag einzieht. Noch nie war eine Partei so knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert.Sahra Wagenknecht zweifelt dieses Ergebnis an. Sie meint, ihre Partei müsse eigentlich mit 35 Mandaten im Parlament sitzen. Der Wählerwille müsse sich im Bundestag widerspiegeln, so Wagenknecht: "Und wenn eine Koalition aus SPD und CDU dann keine Mehrheit hat, dann sollte sie auch nicht regieren."Eine Mehrheit jedoch hat die Koalition im Bundestag nach dem amtlichen Endergebnis. Das BSW wurde nicht zum politischen Zünglein an der Waage. Das Bündnis von Sahra Wagenknecht hatte 9.529 Stimmen zu wenig.
Quelle: Tagesschau

Externer Inhalt

Beim Laden des Inhalts werden Daten an tagesschau.de übertragen.

Inhalt von tagesschau.de zulassen
Inhalte von tagesschau.de nicht mehr zulassen

Hierzu Sevim Dağdelen via X: „Karlsruhe schafft faktisch die Wahlprüfung ab und macht die gestohlene Wahl möglich. Bei knappen Ergebnissen und klaren Unregelmäßigkeiten gibt es künftig keinen wirksamen Rechtsweg mehr. Das ist kein Schutz der Verfassung, sondern eine schwere Schädigung der Rechtsstaatlichkeit – und des Vertrauens in freie Wahlen.“

EILMELDUNG: BSW-Hoffnung zerschlagen! Verfassungsgericht lehnt Neuauszählung ab!
Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat die Wahlprüfungsbeschwerde des BSW gegen das Ergebnis der Bundestagswahl 2025 verworfen. Damit wird es aufgrund dieses Verfahrens keine Neuauszählung geben. Dem BSW fehlten nach dem amtlichen Endergebnis 9.529 Stimmen zum Einzug in den Bundestag. Die Partei hatte mögliche Zählfehler geltend gemacht und eine Überprüfung der Stimmen gefordert. Das Gericht sah die Beschwerde jedoch als unzulässig an. Damit sinken die Chancen auf einen nachträglichen Einzug des BSW in den Bundestag erheblich.
Quelle: WELT Nachrichtensender (2,5 Mio. Abonnenten), 18.11.2026 – 3:23

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Karlsruhe lehnt Neuauszählung ab. BSW scheitert – ein schwarzer Tag für den Rechtsstaat
Es ist entschieden! Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat den Antrag des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) auf eine Neuauszählung der Stimmen der Bundestagswahl 2025 zurückgewiesen. Damit ist klar: Eine vollständige Neuauszählung wird es nicht geben!
Eine Entscheidung mit weitreichenden politischen Folgen. Denn es ging um weit mehr als nur um einige Stimmen. Es ging um Vertrauen in demokratische Prozesse, um die Aufklärung möglicher Zählfehler und um die Frage, ob wirklich alles unternommen wurde, um den tatsächlichen Wählerwillen festzustellen.
Das BSW hatte darauf gehofft, durch eine Neuauszählung möglicherweise doch noch den Einzug in den Deutschen Bundestag zu schaffen. Nun ist dieser Weg vorerst versperrt.
Doch was bedeutet diese Entscheidung für die politische Landschaft in Deutschland? Welche Folgen hat sie für die Bundesregierung unter Friedrich Merz? Und wie steht es um das Vertrauen der Bürger in die demokratischen Institutionen?
In diesem Video analysiere ich die Entscheidung aus Karlsruhe, ordne die Hintergründe ein und spreche darüber, warum dieses Urteil aus meiner Sicht einen bitteren Beigeschmack hinterlässt.
„Demokratie lebt nicht allein davon, dass Wahlen stattfinden. Demokratie lebt auch davon, dass Wahlergebnisse überprüfbar sind und dass begründete Zweifel ernst genommen werden. Vertrauen entsteht nicht dadurch, dass man Fragen für erledigt erklärt. Vertrauen entsteht durch Transparenz und nachvollziehbare Kontrolle. So sollte es in einem Rechtstat sein.“
Quelle: InfoBox (53.000 Abonnenten), 18.11.2026 – 7:11

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Wagenknecht: „Fehlurteil“ – Karlsruhe weist BSW-Wahlbeschwerde ab
Das Bundesverfassungsgericht hat die Wahlbeschwerde des BSW zur Bundestagswahl 2025 abgewiesen. Eine Neuauszählung der Stimmen wird es nicht geben. Parteigründerin Sahra Wagenknecht spricht von einem „Fehlurteil“ und einer „Bananenrepublik“. Die Partei war bei der Wahl mit 4,981 Prozent knapp an der Fünfprozenthürde gescheitert.
Der Beschluss aus Karlsruhe hätte Merz Regierung die Mehrheit kosten können. Stattdessen besiegelt er die Wahlniederlage des BSW. Die Partei übt scharfe Kritik.
Quelle: dpa
Quelle 1: General-Anzeiger Bonn (14.800 Abonnenten), – 0:54
Quelle 2: Tagesspiegel (71.300 Abonnenten)

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

2. **Das Ende der EU ist NAH | Clare Daly**
Die ehemalige Europaabgeordnete Clare Daly spricht mit Pascal über Europas Antikriegsbewegungen, Irlands Neutralität und den politischen Druck rund um Militärausgaben. Daly vertritt die Ansicht, dass die etablierten Linksparteien die Klassenpolitik aufgegeben haben, und beschreibt Bestrebungen, Irlands dreifachen Zustimmungsvorbehalt für Auslandseinsätze abzuschwächen. Sie beleuchten mediale Narrative über Russland, Lobbyismus, öffentliche Proteste und die institutionelle Ausrichtung der Europäischen Union. Außerdem geht es um nationale Souveränität, Alternativen für die europäische Zusammenarbeit und Dalys Einschätzung dazu, wie Gaza, Iran und Jemen die Machtverhältnisse im gesamten Nahen Osten verändern.
Clares Links:
I4C Trouble with Daly and Wallace
Clare Daly auf X
Neutrality Studies Substack
Zeitstempel: 00:00 Clare Daly ist zurück: Krieg, Frieden und Aktivismus 03:09 Iran,

Gaza und Europas Protestbewegungen 06:21 Vorwürfe russischer Propaganda und wirtschaftliche Unzufriedenheit 15:27 Warum die etablierte Linke die Antikriegspolitik aufgegeben hat 28:00 Irlands Neutralität und der dreifache Zustimmungsvorbehalt 35:32 Lobbyismus, politischer Einfluss und öffentlicher Druck 39:08 Lässt sich die EU reformieren? Souveränität und Zusammenarbeit 46:51 Gaza, Iran, Jemen und das sich wandelnde Kräfteverhältnis
Original Video
Disclaimer: Read by A.I. Voices. Auto-translated.
Quelle: Neutrality Studies Deutsch, 17.11.2026 – 53:30

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

3. **Außenminister wird gefragt, ob er inzwischen sagen kann, ob der israelische/US-amerikanische Angriff gegen Iran völkerrechtswidrig war**
Antwort @JoWadephul: Die Staatsideologie des Iran sei es "die Juden zu töten. □□setze sich nur zur Wehr.
Ich fragte nach Belegen für diesen Claim.
@AuswaertigesAmt:"Das ist Teil Ihrer Recherche, nicht unserer"□
Quelle: Florian Warweg via X, 12.11.26

Externer Inhalt

Beim Laden des Tweets werden Daten an X (ehemals Twitter) übertragen.

Inhalt von X (Twitter) zulassen

> .@AussenMinDE wird gefragt, ob er inzwischen sagen kann, ob der □□-□□ Angriff gegen #Iran völkerrechtswidrig war.
>
> Antwort @JoWadephul: Die Staatsideologie des Iran sei es "die Juden zu töten. □□setze sich nur zur Wehr.

> Ich fragte nach Belegen für diesen Claim. @AuswaertigesAmt:"Das ist Teil Ihrer Recherche, nicht unserer"
>
> — Florian Warweg (@FWarweg) November 12, 2026

Inhalte von X (Twitter) nicht mehr zulassen

Hierzu auch von Florian Warweg in der OAZ (Bezahlschranke): „Teil Ihrer Recherche“: Auswärtiges Amt nennt keinen Beleg für Wadephuls Iran-Vorwurf. Außenminister Wadephul nennt es Irans Staatsideologie, „die Juden zu töten“. Sein Haus nennt auf Nachfrage keine Quelle. Der Völkerrechtsfrage weicht er aus.

***Anmerkung CG:** Die zitierte Frage an Außenminister Wadephul stellte Lea Reisner (Die Linke) am 04.11.2026 im Bundestag – ab Minute 36:56*

4. **Leo Ensel: über die kulturelle Umprogrammierung**
„Absolut mega!“, „lodernder Glutkern“, „meinem Herzen folgen“, „my favorite toy“ oder „Sinnsuche“ – wer würde bei diesen Begriffen zuerst an „Kriegstüchtigkeit“ denken? Der neue Militarismus gibt sich smart, gendergerecht und TikTok-kompatibel. „Woke & wehrhaft“ hat die postmoderne Truppe zu sein. Parallel dazu wird offen und ungeniert ein „Mentalitätswechsel“, eine „kulturelle Umprogrammierung“ eingefordert.
Ein Mittel, dies durchzusetzen ist die Sprache. Wie wir an das Undenkbare gewöhnt und möglichst geräuschlos auf Kriegskurs gebracht werden sollen, darüber referiert Dr. Leo Ensel.
Begrüßung: Wolfgang Müller (Deutsch_Russische Friedens_Tage e.V.)
Video: Marlies und Sönke Hundt (weltnetz.tv)
Zum Thema ist von Leo Ensel das "Wörterbuch der Kriegstüchtigkeit" im Promedia Verlag erschienen.
Regelmäßig an jedem Sonntag bringen die NachDenkSeiten Ergänzungen.
Quelle: weltnetzTV, 17.11.2026 – 1:26:36

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

5. **Iran schlägt zurück: US-Militärbasen unter Beschuss**
In diesem Video berichtet der Menschenrechtsanwalt und Journalist Dimitri Lascaris über die erneuten iranischen Angriffe auf US-Militärstützpunkte in Bahrain. Warum verschärft der Iran gerade jetzt seine Gegenschläge, und könnte dies eine neue Phase des Krieges einläuten?
Dimitri Lascaris untersucht die anhaltende US-Blockade, die Eskalation in der Straße von Hormus und die militärischen Fähigkeiten des Iran. Zudem beleuchtet er die jüngsten Entwicklungen im Jemen, mögliche Cyberangriffe sowie die wachsenden wirtschaftlichen Folgen des Krieges für die USA.
Dieses Video wurde von Reason2Resist produziert und am 15. November 2026 auf deren YouTube-Kanal veröffentlicht. Wir haben es ins Deutsche übersetzt und veröffentlichen es heute erneut, um die Meinungsbildung zu diesem Thema in Deutschland und darüber hinaus zu fördern.
Original-Video
ÜBER DIMITRI LASCARIS: Dimitri Lascaris ist Journalist und Rechtsanwalt. Als Anwalt ist er auf Sammelklagen, internationales Recht und Menschenrechte spezialisiert. Er war Mitglied der Schattenkabinette der Grünen Parteien Kanadas und Quebecs. Im Jahr 2020 kandidierte er für den Vorsitz der Grünen Partei Kanadas und belegte den zweiten Platz. Er ist außerdem Gründer und Herausgeber des YouTube-Kanals „Reasons 2 Resist with Dimitri Lascaris
Über unser Importprogramm: In diesem Programm veröffentlichen wir Inhalte von externen Autoren und Journalisten. Dazu gehören sowohl internationale als auch lokale Inhalte, die nach unserer redaktionellen Meinung in der Medienlandschaft nicht ausreichend berücksichtigt werden. Die Inhalte spiegeln nicht unbedingt die eigene redaktionelle Haltung von acTVism Munich wider.
Quelle: acTVism Munich (176.000 Abonnenten), 18.11.2026 – 45:15

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Iran trifft US-Basis hart, Flugzeugträger ziehen sich bei Trumps Angriffen zurück | Seyed M. Marandi
Seyed Mohammad Marandi ist Professor an der Universität Teheran und ehemaliger Berater des iranischen Verhandlungsteams für das Atomprogramm. Er spricht über Irans jüngsten Vergeltungsschlag gegen einen US-Stützpunkt in Bahrain, darüber, warum US-Flugzeugträger zuletzt zum Rückzug gezwungen waren, und über die Bedeutung von Trumps Angriffen auf den Iran.
Substack Danny Haiphong
Original Video
Disclaimer: Read by A.I. Voices. Auto-translated.
Quelle: Danny Haiphong Deutsch, 16.11.2026 – 1:02:19

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

6. **Der Kanzler verlässt den Saal beim Thema Pflege | Laura Dalhaus zum Stand der Pflege**
Dr. Laura Dalhaus findet es unfassbar, wie der Kanzler Merz sich bei einem der wichtigsten Themen in diesem Land verhält: Er hat den Saal verlassen, als es um die Themen Pflege, Pflegeversicherung und pflegende Angehörige ging.
Laura hat sich für diese Sonderfolge von „5 Minus – Das Gesundheitssystem verfehlt das Klassenziel“ das Jahr, journalistische Artikel, die Veränderungen und Herausforderungen beim Thema Pflege angeschaut.
Zunächst geht es um den MD und die Einschätzungen, wodurch die Pflegegrade festgestellt werden.
Die geplante Pflegereform wird als eine Verschiebung des Problems auf Kosten der Schwächsten gesehen. Grad 1 soll wegfallen, der eigentlich dabei unterstützen soll, dass Menschen möglichst lange in ihrem eigenen häuslichen Setting bleiben können.
Es gibt gleichzeitig aber keine Idee dazu, wie man Pflege besser organisieren könnte.
Der Pflegeversicherung droht ein Finanzloch von über 7 Milliarden Euro, in 2028 von mehr als 15 Milliarden Euro.
Es gibt allerdings auch Ideen. In den Niederlanden und in Japan gibt es die Nachbarschaftspflege, doch in Deutschland waren für so ein Konzept die

bürokratischen Hürden zu hoch. Auch in Österreich gibt es eine Nachbarschaftsunterstützung durch Zeitpolster.
Wir haben unser Sozialversicherungssystem in Säulen organisiert, sehr zersplittert. Dabei gehört alles zusammen.
Eine Vision fehlt vonseiten der Politik.
Und der Kanzler verlässt den Saal.
Kapitel:
00:00:00 Pflege in Deutschland
00:04:37 Pflegereform
00:08:05 Kosten im Heim
00:08:44 Vorschläge für Pflegereformen
00:15:24 Sozialversicherungssystem
00:17:21 Zukunft der Pflege
Quelle: Laura Dalhaus (20.900 Abonnenten), 14.11.2026

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

7. **INTERVIEW: Sie haben es auf dich abgesehen [mit Prof. Glenn Diesen]**
Wenn man die Sicherheitsbedenken der 'Gegner' des eigenen Landes erläutert, wird man beschuldigt, auf deren Seite zu stehen. Prof. Glenn Diesen über die sechs Jahre voller Einschüchterungen und Drohungen, die zur Aufgabe seiner Professur geführt haben.
Die Sendung MOATS geht jeden Sonntag und Mittwoch um 19 Uhr Londoner Zeit live.
Quelle: George Galloway (918.000 Abonnenten), 16.11.2026 – 33:22

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen

Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Prof. Glenn Diesen *[Auszug transkribiert und übersetzt]: „Ich war 20 Jahre lang im Ausland und bin vor fast sieben Jahren zurückgekommen, um an der Universität zu arbeiten, an der ich jetzt tätig bin. Doch kurz nach meiner Ankunft – das war im Jahr 2020 – begannen die, wie Sie wissen, sehr persönlichen Angriffe. Man nennt sie zwar 'Nichtregierungsorganisationen' [NGOs], aber sie werden von der Regierung finanziert, ebenso wie natürlich die 'National Endowment for Democracy' [NED], die 1983 von Reagan und dem CIA-Direktor gegründet wurde, um im Wesentlichen die Zivilgesellschaft anderer Länder zu unterwandern. All diese persönlichen Angriffe dauern seitdem an, insbesondere in den letzten sechs Jahren. Daher kann ich in diesem Land eigentlich in keinem Medium mehr schreiben. Ich kann bei keiner Veranstaltung sprechen, weil die Veranstalter oder Gastgeber angerufen und dazu gebracht werden, die Veranstaltung abzusagen. Und aus denselben Gründen kann ich auch nicht wirklich mit Wissenschaftlern zusammenarbeiten. Und sogar diese eine NGO, das 'Norwegische Helsinki-Komitee', hat Briefe an die Universität geschrieben, in denen sie argumentierten, wenn ich ihre NGO kritisiere, bedeute das, dass ich die Zivilgesellschaft angreife, was irgendwie ein Widerspruch ist. Sie haben ein Foto von meinem Haus in den sozialen Medien gepostet und sie sagen auch Veranstaltungen ab, an denen ich teilnehme. Es sind also einfach sechs Jahre der Einschüchterung gewesen. Mittlerweile erhalte ich auch viele Drohungen. Deshalb habe ich unbezahlten Urlaub für ein Jahr beantragt, aber den habe ich nicht bekommen, also habe ich stattdessen meine Kündigung eingereicht, und wir verlassen das Land. Kurz gesagt: Es ist einfach sehr schwierig, als Wissenschaftler über Sicherheitsstudien zu schreiben, denn der Ausgangspunkt jeder internationalen Sicherheit ist […], dass alle Länder um Sicherheit konkurrieren. Wenn man also verstehen will, was China, der Iran, Russland oder andere tun, muss man sich mit ihren Sicherheitsbedenken auseinandersetzen, um zu erklären, wie sie darauf reagieren. Aber wir haben eine neue Situation: Wenn man die Sicherheitsbedenken eines der gegnerischen Länder erläutert, wird man beschuldigt, Partei für sie zu ergreifen, ihre Handlungen zu legitimieren. Man wird der Propaganda und Desinformation bezichtigt, und die Regierung, die staatlichen Medien, die Journalisten, im Grunde jeder hat es auf einen abgesehen, und ja, da kann man nicht viel tun. Für mich ist es daher völlig unmöglich geworden, hier zu bleiben – nicht nur für mich, sondern auch für meine Familie. Also, ja, ich werde gegen Ende des Jahres ins Exil gehen.“*

8. **ARD-Korrespondentin auf Landesparteitag: BSW in Sachsen-Anhalt offen für Zusammenarbeit mit AfD**

Das BSW ist im September in den Landtag von Sachsen-Anhalt eingezogen. Heute hat sich die Partei in Magdeburg neu aufgestellt. Die bisherige Doppelspitze wurde abgeschafft und John Lucas Dittrich zum alleinigen Vorsitzenden gewählt. Der bisherige Co-Landeschef Thomas Schulze will sich künftig auf den Fraktionsvorsitz konzentrieren. Nach seinen Worten wird das BSW mit allen im Landtag vertretenen Parteien zusammenarbeiten, ohne Brandmauer im Kopf.
Quelle: tagesschau (2,28 Mio. Abonnenten), 14.11.2026 – 6:07

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

9. **Zwei Kurzvorträge im Bundestag | Prof. Homburg**
Internetlinks zur Sendung [in der Videobeschreibung]
Quelle: Prof. Stefan Homburg (129.000 Abonnenten), 15.11.2026 – 24:43

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

10. **BGH-Urteil: Pflichten einer Rechtsschutzversicherung bei möglichen Corona-Impfschäden**
2021 ließ sich Frank Flatten dreimal gegen Covid impfen. Als er sich im Jahr darauf beide Füße brach, heilten die Verletzungen nicht richtig ab, er bekam Probleme beim Stehen und Gehen. Flatten hält es zumindest für möglich, dass das etwas mit dem Impfstoff zu tun hat. Deshalb will er den Impfstoffhersteller Biontech/Pfizer auf Schadensersatz verklagen.
Die Kosten für das Verfahren soll seine Rechtsschutzversicherung übernehmen, findet er. Die aber weigert sich mit dem Argument: Eine Klage hätte keine „hinreichenden

Erfolgsaussichten“. Deshalb klagte Flatten zunächst gegen die Versicherung.
Nun hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass die Versicherung die Übernahme der Kosten nicht einfach mit dem Verweis auf fehlende Erfolgsaussichten verweigern durfte. Denn ob Flatten Schadensersatz bekommt, hänge von schwierigen Fragen ab, die bislang noch nicht höchstrichterlich geklärt sind. Deshalb dürften sie nicht schon vorgezogen beantwortet werden, sondern müssten im eigentlichen Prozess gegen Biontech/Pfizer geklärt werden. Dort seien die Erfolgsaussichten offen.
Quelle: phoenix (520.000 Abonnenten), 13.11.2026 – 7:41

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen